

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 138.

Mittwoch, den 17. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“

Die Ernte des preussischen Dreiklassenhauses.

Genau so wie der Reichstag hinterläßt auch das preussische Dreiklassenparlament bei seinem Auseinandergehen zur großen Sommerpause eine ungeheure Menge unerledigter Arbeit. Der Unterschied ist nur der, daß die Reichstagsession bekanntlich geschlossen und damit alle bisher in Kommissionen und im Plenum geleistete Arbeit an noch nicht erledigten Gesetzesvorlagen usw. einfach unter den Tisch gefallen ist, während das preussische Abgeordnetenhaus nur — und zwar bis zum 10. November — vertagt wird. Während dieser Sommerpause sollen eine große Reihe von Kommissionen ihre Arbeiten fortführen und die ihnen zugewiesenen Gesetzentwürfe soweit sie bei dem Wiederzusammentritt des Hauses zur Verabschiedung reif sind. So soll das bisher nur vom Herrenhaus erledigte Fideikommissgesetz, dessen erste Lesung im Abgeordnetenhaus erst am Freitag und Sonnabend der letzten Woche stattfand, während der Sommerpause in einer Kommission durchgearbeitet werden, ebenso das sehr wichtige Wohnungsgesetz, das Kommunalabgabengesetz und das Fischereigesetz.

Soviel über das Formelle. Sachlich ist das Ergebnis der fünfmonatigen Tagung ganz und gar unbefriedigend, womöglich noch unbefriedigender als das Ergebnis der Reichstagsung. Wie im Reichstage, so ist auch im Abgeordnetenhaus immer noch die übliche Gewohnheit eingedrungen, sich überhaupt nur noch mit Vorlägen der Regierung, vornehmlich mit dem Etat zu beschäftigen, die eigene gesetzgeberische Initiative des Parlaments ist darüber völlig in den Hintergrund getreten und das Haus hat sich auf diese Weise selbst zu einer bloßen Maschine zum Geldbewilligen entwürdigt. Die Einrichtung der sogenannten Schwerinstage, das heißt die Innehaltung eines bestimmten Wochenendes, an dem stets Anträge und Gesetzesvorlagen beraten werden, die aus der Mitte des Hauses selbst eingebracht werden, ist, genau wie im Reichstage so auch im preussischen Junkerparlament zu einem ganz und gar sagenhaften Schemen geworden. Nicht weniger als neunzig derartige Anträge, die meist schon zu Beginn der Tagung eingebracht wurden, sind heute noch unerledigt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratische Fraktion, in Folge ihrer ziffernmäßigen Schwäche nach der geltenden Geschäftsordnung überhaupt nicht in der Lage ist, selbständige sachliche Anträge einzubringen, weil auch die sogenannten freisinnigen unanständig genug sind, ihr die zu diesem Zwecke notwendige geringe Anzahl von Unterschriften zu verweigern. Nur zu irgend einem Antrage rein formaler Art sind gelegentlich einige freisinnige Unterschriften zu haben.

Von jenen unerledigten neunzig Initiativanträgen sind sehr viele noch nicht einmal zur ersten Beratung im Plenum gelangt. Zu diesen überhaupt noch nicht der Beratung gewürdigten Initiativanträgen gehören so überaus wichtige wie der, der die Erteilung von Religionsunterricht an Dissidentenkinder betrifft, weiter ein Initiativantrag über die Bekämpfung des Bauischwindels, einer über die Gültigkeit von Polizeiverordnungen, mehrere über den Gebrauch der polnischen, litauischen, mairischen und französischen Sprache in öffentlichen Versammlungen, alle Anträge, die das Gemeinwohlrecht sowie das Wahlrecht in den Kreistagen und in den Provinziallandtagen betreffen und — vor allem — sämtliche Anträge, die „die wichtigste Frage der Gegenwart“, die Frage des Wahlrechts zum Landtage selbst zum Gegenstand haben. Noch in allerletzter Stunde, am Sonnabend, machte die kleine sozialdemokratische Fraktion verzweifelte Anstrengungen, wenigstens den Dissidentenkinderrantrag und die Wahlrechtsanträge aus dem allgemeinen Trümmerhaufen zu retten, der das Schlachtfeld bedeckte: es war vergeblich! Freisinnige und Nationalliberale brachten das Kunststück fertig, einmütig dagegen zu stimmen, daß die von ihnen selbst eingebrachten Anträge am Montag und Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt würden. Sie wollten den Montag lieber ganz sitzungsfrei halten und am Dienstag — außer der Behandlung des Falles Liebknecht — nur noch eine rein formelle Schlußsitzung abhalten. Diese sogenannten Liberalen bewiesen mit diesem Verhalten wieder einmal aufs deutlichste, wie wenig ernst es ihnen mit ihrer angeblichen Verteidigung der Volksrechte ist!

Unerledigt geblieben sind des weiteren nahezu alle Petitionen (ihre Zahl geht in die Hunderte!) — fast nur solche Petitionen sind erledigt worden, die jedes allgemeinen Interesses entbehren und zu denen auch nicht eine einzige Wortmeldung vorlag. Das Petitions-

recht des preussischen Volkes ist auf diese Weise ebenso zu einer Farce geworden, wie so manches andere, das nur noch auf dem Papier existiert. Auch Wahlprüfungen sind noch unerledigt, ebenso sogar einige bereits im Januar (!) eingebrachte Interpellationen und eine Reihe von Regierungsvorlagen — außer denen, die während des Sommers in den Kommissionen durchberaten werden sollen. Wir nennen: das Gesetz betr. Abänderung der Landesverwaltung, das Fürsorgeerziehungsgesetz, den Gesetzentwurf über die Errichtung von Rentenanstalten, den Gesetzentwurf über die Besserung der Wohnungsverhältnisse geringverdienender Staatsbeamter usw. ufm.

Die Hauptschuld daran, daß außer dem Etat so gut wie gar nichts fertig geworden ist, trägt die Regierung. Während der Reichstag schon im November zusammentrat, konnte das Abgeordnetenhaus seine Arbeiten erst Mitte Januar aufnehmen.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion mußte sich bei der Etatsberatung, die fast die ganze Tagung ausfüllte, im wesentlichen naturgemäß auf die Kritik beschränken. An die Erringung irgendwelcher positiver Erfolge für das Proletariat ist in diesem fast ausschließlich vom Junkerum beherrschten Parlament natürlich noch viel weniger zu denken als im Reichstage. An Kritik aber, an schärfster Kritik haben es unsere zehn Abgeordneten natürlich nicht fehlen lassen. Keine Gelegenheit ließen sie vorübergehen, ohne die Regierung und den bürgerlichen Parteien die heuchlerische Maske der Volksfreundlichkeit vom Gesicht zu reißen und sie vor dem ganzen Volke als das zu brandmarken, was sie in Wahrheit sind: als Geschäftsführer der bestehenden Klassen. Was auch auf der Tagesordnung stand: der Etat des Polizeiministers oder der des Ministers für preussische Gerechtigkeit, Schulfragen und Jugendpflege oder der Gewerbeetat und das Bergwerkswesen: immer wieder waren es unsere zehn Mann, die der Kasse die Schelle umhingen und den Feinden gegenüber die Forderungen und Interessen des Proletariats vertraten. Und an aufreizendstem, aufwühlendstem Stoffe für solche erbarmungslose Kritik durch unsere Vertreter hat es an keinem Tage gefehlt — bis zum letzten Augenblicke hin, in dem es galt, die frechen Provokationen der Herrenhäuser und das Bluturteil in der Charlottenburger Denkmalsaffäre an den Pranger zu stellen!

Diese Tätigkeit löste in dem Junkerparlament, wo sie verhältnismäßig jungen Datums ist, naturgemäß in noch weit höherem Maße den Zorn und die verbissene Wut der Feinde der Arbeiterklasse aus, als im Reichstage, in dem sich die Vertreter des Besitzes wohl oder übel seit nahezu einem halben Jahrhundert an die Anwesenheit und Arbeit von Sozialdemokraten haben gewöhnen müssen. In preussischen Geldsaalshaus aber betrachtet man unsere Genossen immer noch als lästige Eindringlinge, die dort eigentlich nicht das mindeste zu suchen haben und denen man am liebsten wieder den Stuhl vor die Tür setzen möchte. So sind heftigste Zusammenstöße zwischen unseren Genossen und der reaktionären Mehrheit an der Tagesordnung, ununterbrochen herrscht eine Art von Konfliktstimmung. Und das ist gut so: denn der Kampf allein ist es, der die Kräfte stählt! Das gilt für die Vertreter des Proletariats nicht weniger als für das Proletariat selbst. Und daß es an solchem frisch-fröhlichem Kampfe auch in Zukunft nicht fehlen wird, dafür werden unter dem Loebel-Kurs schon unsere Feinde sorgen! Eine Epoche gesteigerter Kämpfe ist es, denen wie das ganze deutsche, so vor allem auch das preussische Proletariat entgegengeht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nieder mit der Dreiklassenherrschaft!

Am Dienstag krönte das preussische Geldsaalparlament die volks- und arbeiterfeindliche Tätigkeit, die es fünf Monate hindurch ununterbrochen ausgeübt hatte, durch einen Beschluß, wie er in der Geschichte der Parlamente aller Länder der Erde durchaus beispiellos da steht. Mit erdrückender Mehrheit stimmte das Dreiklassenparlament dem am Montag gefassten Beschluß seiner Geschäftsordnungskommission zu, das ehrenrechtliche Verfahren gegen unseren Genossen Liebknecht während der Dauer der Session nicht einzustellen, sondern es seinen Fortgang nehmen zu lassen. Ausschließlich die spärlich erscheinenden Fortschrittler waren es, die außer unseren Genossen gegen diesen ungeheuerlichen Beschluß stimmten. Naheinander hatten Herr v. Dittfurth für die Konservativen, Herr Herold für das Zentrum, Herr D. Schiffer für die Nationalliberalen und Herr Hengsberger für die Freikonservativen die Erklärung abgegeben, daß sie dem Beschluß der Geschäftsordnungskommission zustimmten. Die Fortschrittler hatten sich in Schweigen gehüllt. — Im Namen der sozial-

demokratischen Fraktion brandmarkte Genosse Hänisch in scharfer Rede das unglaubliche Vorgehen der Mehrheit. An Hand aktenmäßiger Beweise legte er dar, wie besonders die Nationalliberalen und das Zentrum gegenüber ihrem Standpunkt von 1911 in dieser Frage eine vollständige Schwänkung vorgenommen haben. Er wies eins der von den Wortführern der Mehrheit vorgebrachten Argumente nach dem anderen in ihrer ganzen Haltlosigkeit zurück und betonte, daß es ausschließlich der wilde Haß gegen den Genossen Liebknecht als Enthüller der Kruppffandale und des Ordens- und Titelschachers sei, der die Mehrheit zu ihrem Vorgehen bestimmte. Unser Redner schloß mit der Prophezeiung, daß dieser Beschluß einen ungeheuren Sturm der Empörung im ganzen preussischen, ja im ganzen deutschen Volke entfesseln werde, ein Sturm, der schließlich die reaktionäre Mehrheit von ihren Plätzen segt. Es sei höchste Zeit, der Existenz dieses durchaus unerträglich gewordenen Parlaments ein Ende zu bereiten. Nieder mit einem Parlament, in dem solche schmachvollen Vorgänge möglich sind! Nieder mit der Dreiklassenherrschaft! Es lebe das freie Wahlrecht! In diesen Ruf stimmten unsere Genossen stürmisch ein, während die Gegner in ein wildes Wutgeschrei ausbrachen. Nicht weniger als drei Ordnungsrufe hatte der Präsident dem sozialdemokratischen Redner erteilt und er war gerade im Begriff, beim Hause die Ermächtigung zur Wortentziehung einzuholen, als Genosse Hänisch seine Rede beendete. Auch im weiteren Verlauf der Sitzung hagelte es nur so Ordnungsrufe, von denen kaum ein Mitglied unserer Fraktion in Folge der gemachten Zwischenrufe verschont blieb.

Am Schluß der Sitzung beantragte Genosse Adolf Hoffmann, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien, am 10. November den fortschrittlichen Antrag in der Wahlrechtsfrage zu setzen. Natürlich nahm die Mehrheit diesen Vorschlag mit Lachen und albernen Zurufen auf.

In einer um 4 Uhr anberaumten Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Dr. Porich lediglich mitgeteilt, daß das Haus bis zum 10. November vertagt worden sei. Unsere Genossen nahmen an dieser Sitzung nicht teil. Ein Hoch auf den König fehlte in dieser Schlußsitzung.

Nationalliberale Parteitage.

Die jungliberalen Vereine Badens tagten am Sonntagabend und Sonntag in Karlsruhe. Auch die jungliberalen Vereine Württembergs und der Pfalz waren vertreten. Rechtsanwalt Wilhelm Frey betonte in seinem Referat über die Lage des Reichsverbandes, der Parteitag in Köln müsse durch sein Votum den Vorstößen des Altliberalen Reichsverbandes gegen den Jungliberalen ein Ende bereiten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Kaufmann-Stuttgart, sprach gegen eine Auflösung der jungliberalen Vereine.

In Neuweid trat am Sonnabend die nationalliberale Partei der Rheinprovinz zu einer Tagung zusammen. Der Vorsitzende des Rheinischen Provinzialverbandes, Professor Mosdenhauer-Köln, hob unter Befall in seiner Rede hervor, es müsse endlich mit der Zersplitterung innerhalb der Partei Schluß gemacht werden und künftig mehr Disziplin innerhalb der Partei gehalten werden. Interessant war auch die Mitteilung des Geschäftsführers, daß das Zentrum eine Annäherung an die Nationalliberalen versuche. Es habe deshalb in den letzten Jahren längst nicht mehr die frühere leidenschaftliche Sprache gegen den Liberalismus geführt. Ein Antrag auf Auflösung der beiden Reichsverbände wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Angst vor dem Massenstreik.

Die freikonservative „Post“ behandelt an der Spitze ihrer Ausgabe vom Montagabend die Beschlüsse der Berliner Genossen vom Sonntag (siehe Parteinachrichten) in einem Artikel betitelt: „Die Vorbereitung zur Revolution“. Der edle Freiherr Ottavio v. Zedlitz und Neukirch kommt in seinen Ausführungen zu folgendem Schluß:

„Von selbst wirft sich die Frage auf, ob nach dem geltenden Rechte die Vorbereitung der Revolution und die Sammlung eines Revolutionsfonds ungestraft öffentlich beschloffen werden darf, und wenn diese Frage nach Lage unserer Strafgesetzgebung aus dem Grunde zu bejahen wäre, weil man zur Zeit ihrer Verabschiedung die neueste Form der Revolution, des Massen- oder Generalausstandes noch nicht kannte, so reißt sich daran ohne weiteres die weitere Frage, ob es nicht notwendig und dringlich ist, unsere Strafgesetze alsbald durch Bestimmungen zu ergänzen, welche die Aufforderung zum politischen Massenausstand oder zu einer Vorbereitung unter die Strafe des Hochverrats stellen.“

Der Weisheit Schluß der „Post“ in Arbeiterfragen ist von jeher gewesen: Volkzorn, Staatsanwälte und Gewehre! Wenn der Wunsch der „Post“ in Erfüllung gehen soll, dann wird es aber höchste Zeit, daß mit dem Bau von weiteren Gefängnissen begonnen wird.

Ertrag der Wehrsteuer.

Der Wehrbeitrag wird für Frankfurt a. M. insgesamt 38 200 000 Mark ergeben, also 3 Millionen mehr, als die anfängliche Schätzung erwarten ließ. Die Einkommensteuer für 1914 erhöht sich um rund 1 Million Mark gegen 1913.

Der fortschrittliche Abgeordnete Wiest

ist im Alter von 76 Jahren in Brandenburg a. d. H. gestorben. Er gehörte dem Reichstag von 1898 bis zur Auflösung 1906 als Vertreter des schlesischen Wahlkreises Hirschberg an; im preussischen Landtag vertrat er den Wahlkreis Frankfurt a. O.-Lebus. Wiest ist im Parlament als Redner nicht sehr hervorgetreten, es wird ihm nachgerühmt, daß er dafür einer der fleißigsten Mitarbeiter in den Kommissionen gewesen ist.

Bei der erforderlichen Landtagsnachwahl dürfte das Mandat der Fortschrittspartei erhalten bleiben. Wiest wurde mit 315 gegen 245 konservative Stimmen gewählt.

Die Reichstagskammerwahl in Labiau-Wehlau

ist auf Donnerstag, den 16. Juli, festgesetzt worden. Als konservativer Kandidat wurde Amtsrat Schrewe (Kleinhof-Labiau) aufgestellt.

Die letzte Sitzung des Herrenhauses.

Am Dienstag nachmittag nahm das Herrenhaus die Beibehaltungsnovelle in der Fassung an, die das Abgeordnetenhaus ihr gegeben hatte, d. h. unverändert nach der Regierungsvorlage. Der Finanzminister erklärte ziemlich überflüssigerweise, daß die Initiative zu Gehaltsausbesserungen nur der Regierung, aber niemals dem Parlament zustehen könne. Diese parlamentsfeindliche Erklärung fand natürlich den lebhaftesten Beifall des Herrenhauses, in dessen Namen Herr v. Buch die Rede des Ministers begrüßte und einige belanglose Bemerkungen über die Wahlparlament machte. — Eine Anzahl kleinerer Vorlagen wurde dann ohne Debatte angenommen.

Kurz darauf trat das Haus wieder zusammen, um die Vertagungsorder entgegenzunehmen. Auch hier wurde, wie im Abgeordnetenhause, kein Hoch auf den König ausgebracht.

Zusammenstoß zwischen Sozialdemokratie und Regierung in der badischen Kammer.

Die II. badische Kammer lehnte Dienstag gegen die Sitzungen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen die direkte Wahl für die Kreis- und Bezirksverwaltungen ab. In der Debatte beschuldigte Genosse Frank den Minister Bodman, die Sozialdemokratie beleidigt zu haben durch den Vorwurf, ihr fehle der im Verwaltungsgesetz vorgesehene Gemeininn; der Minister verlegte aber die Verfassung durch die Föhlung der politischen Meinungsfreiheit. Der Minister antwortete, die Sozialdemokratie sei für die staatliche Verwaltung untauglich wegen ihrer Geringschätzung der Monarchie und wegen ihrer revolutionären Politik; sie wolle ja auch den Massenstreik.

Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für Viviani! Der neue Ministerpräsident gab gestern eine lange Regierungserklärung ab, in der er u. a. erklärte, daß die Regierung an der äußeren Politik festhalten werde. Ueber die dreijährige Dienstzeit sagte er u. a.: Das Parlament hat das Gesetz vom 7. August 1913 über eine Verlängerung der militärischen Dienstzeit angenommen. Die Beratung darüber war heftig und dauerte lange. Aber das Gesetz wurde angenommen. Das Gesetz genügt nicht für sich allein, um die Verteidigung des Landes zu sichern. Die Regierung wird binnen kurzem eine Gruppe von Gesetzesvorlagen einbringen, unter denen die wichtigsten sind: Eine Vorlage über die militärischen Vorbereitungen der Jugend und über die Reorganisation der Reserven. Diese Vorlagen bezwecken, die Defensivkraft der Nation zu verstärken, die das allgemeine Recht admet und stets darauf bedacht ist, ihre Herde, ihre Freiheiten und ihre Würde zu schützen. Erst nach der Annahme der Anwendung dieser Vorlagen und nachdem die Anwendung ihre Wirksamkeit gezeigt hat, wird die Regierung, indem sie gleichzeitig die Ergebnisse, die Erfahrung und die Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung berücksichtigt, teilweise eine Erleichterung der militärischen Lasten vorschlagen können. Bis dahin wird die Regierung unter der Kontrolle des Parlaments das Gesetz loyal anwenden. Die Erklärung des Kabinetts bestätigt die Notwendigkeit einer Wahlreform in Übereinstimmung mit der republikanischen Partei der beiden Kammern. Die Regierung wird gleichzeitig die Verteidigung des Laientates sichern. Sie will eine Republik, die ebensowenig von der Verzögerung ihrer Gegner entfernt ist wie von einer Schwäche, aus der die Feinde Nutzen ziehen. — Nach lebhafter Debatte wurde folgende von den Radikalen, republikanischen Sozialisten und den linksrepublikanischen Gruppen eingebrachte Tagesordnung mit 370 gegen 167 Stimmen angenommen: Die Kammer spricht der Regierung das Vertrauen aus in der Ueberzeugung, daß diese die auf der Einigung der Republikaner beruhende Politik der Reformen bestätigen und sich auf eine ausschließlich republikanische Mehrheit stützen wird.

Luxemburg.

Die Stichwahlen zur Kammer fanden gestern statt. Bei sämtlichen Stichwahlen siegten die liberalen und sozialistischen Kandidaten über die Kandidaten der Rechten. Die neue Kammer setzt sich zusammen aus 23 Liberalen, bisher 22, 6 Sozialisten, bisher 5, 4 Unabhängigen, bisher einer, und 19 Mitgliedern der Rechten, bisher 19.

Rußland.

Ausban der russischen Zollmannen. Die russische Regierung hat der Dama einen Gesandten auf Einlösung eines Teiles aus ausländisches Getreide in Finnland unterbreitet. Der früher angenommene Getreidezoll, der sich gegen die deutschen Einmischungen richtet, erstreckte sich nicht auf Finnland. Wie der russische Handels-

minister bei der Beratung der jetzigen Vorlage mitteilte, habe das deutsche Getreide Eingang in Finnland gesucht und dort alles russische Getreide verdrängt. Die Ausdehnung des Getreidezolles auch auf Finnland wurde von verschiedenen Seiten bekämpft, schließlich aber wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Albanien.

Die Kämpfe um Durazzo. Ueber die Kämpfe am Montag wird ausführlich — aber offiziös! — gemeldet: Der erste Angriff der Aufständischen erfolgte auf der ganzen Linie längs der Sümpfe. Oberst Thompson ließ sofort die Verschanzungen besetzen und das Geschützfeuer eröffnen. Um 5 Uhr morgens überschritten die Aufständischen die Brücke über die Lagune und griffen die Stadt gleichzeitig von den Hügeln her an, die sie offenbar nachts schon besetzt hatten. Als Thompson um 6 Uhr gefallen war, übernahm Major Koelsmaas das Kommando der Stadt. Acht italienische Torpedoboote waren zur Erkundung des Feindes abgeordnet und fuhren bis Capo Pall. Der Kommandant eines Torpedobootes berichtete, daß die Aufständischen in großer Zahl die Höhen nahe der Stadt besetzt hielten. Der Angriff sowohl von der Seite des Meeres, wie des Gebirges ward lebhafter. Die Kugeln flogen bis zu den Landungsstellen. Um 8 1/2 Uhr wichen die Aufständischen vor dem gut geleiteten Geschützfeuer zurück. Italienische und österreichisch-ungarische Matrosen schafften die Verwundeten zurück. Zwei italienische Verbandspfähle waren bei dem fürstlichen Konak eingerichtet worden. Um 10 Uhr gingen zwei österreichisch-ungarische Torpedoboote nach San Giovanni, um die dort befindlichen Matrosen zur Verstärkung heranzuholen. Die Aufständischen griffen den ganzen Tag von Zeit zu Zeit sowohl vom Gebirge her, wie auch von den Sümpfen an. Mit Einbruch der Nacht schwieg das Feuer. Auf den Verschanzungen waren Scheinwerfer aufgestellt, um die Abwehr von Nachtangriffen zu erleichtern. Auf den Hügeln längs der Küste sah man Gruppen von lagernden Aufständischen, die nochmals auf kurze Zeit ein schwaches Feuergefecht führten, anscheinend, um die Verteidiger nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Man erwartete für die Nacht oder heute einen neuen Angriff mit stärkeren Kräften. Die Zahl der eingebrachten Verwundeten beträgt etwa 100, die der Toten 20. Die Leiche des Obersten Thompson wurde in den Palast des Fürsten gebracht. Die Nacht verlief ruhig. Die Stadt ist gerettet, nachdem eine große Anzahl Matrosen und Warden eintrafen. Die Aufständischen zogen sich nach Westen und Norden zurück, nachdem sie gegen die Hügelkette zurückgedrängt waren.

Die Albanische Korrespondenz meldet aus Durazzo: Ahmed Bei Mati besetzte nach seinem Siege über die Aufständischen Tirana mit 1500 Mann. Ein Teil der Aufständischen, die entwaftet wurden, erklärte sich für den Fürsten und bat Ahmed Bei Mati, beim Fürsten um eine Amnestie für sie zu bitten.

Dieselbe Korrespondenz meldet aus Valona: Die Regierungstruppen von Murahija am Unterlauf des Semeni-Flusses, nördlich von Fieri, unternahmen in drei Gruppen einen Angriff gegen die nördlich des Flusses stehenden Aufständischen. Diese zogen sich in das Kloster Ardeniza zurück, das eine ausgezeichnete strategische Position bildet. Die drei Gruppen der Regierungstruppen sollen nunmehr die Aufständischen dort konzentrisch angreifen. Unter den Regierungstruppen herrscht Mangel an Verpflegung und Sanitätsmaterial.

Amerika.

Die mexikanischen Wirren. Nach einem Telegramm aus El Paso scheint es sich zu bestätigen, daß Huerta die Rebellen bei Zacatecas geschlagen hat. Der Rebellenführer Matra griff die Verschanzungen der Bundesstruppen in den Bergen viermal an; er wurde mit ungewöhnlich schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Rebellen zählten 7000, die Bundesstruppen 8000 Mann. Der Rebellenführer Villa schickte starke Hilfskräfte zur Unterstützung der Rebellen ab.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 17. Juni.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hielt am Sonntag, dem 14. Juni in Hamburg seinen diesjährigen nordwestdeutschen Gantag ab, über den wir einen ausführlichen Bericht erhalten, dem wir folgendes entnehmen: Die technischen Angestellten aus allen nordwestdeutschen Städten hatten Delegierte entsandt, die sich mit dem Gauvorstand und einer Deputation des Zentralverbandes des Bundes im Hotel Kronprinzgen zur Beratung einer reichhaltigen Tagesordnung zusammengefunden hatten. Den Geschäftsbericht erstattete der Gauleiter Ingenieur Kurt Schindler. Trotz der besonders in den Werkbetrieben hervortretenden Flaute hat sich der Gau wie auch der Gesamtbund im Jahre 1913 sehr gut entwickelt. Die ersteilige Steigerung der Mitgliederzahlen, dabei auch eine mehr wie verhältnismäßige Steigerung der Einnahmen hielt auch im Jahre 1914 an. Der Redner weist darauf hin, daß die Erfolge des Bundes, die er in bezug auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und in der Gehaltsfrage erzielt habe, die Unternehmer zur Stämpfung des Bundes anreizten. An mehreren Orten hätten die Prinzipale versucht, die Angestellten aus ihrer Berufsorganisation heraus und in die vom Standpunkte der Arbeitnehmer erfolglosen und willkürlichen Werkvereine zu bringen. Das ist aber eine vergebliche Mühe, da die technischen Angestellten zu gut wissen, daß ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen nur im Bunde der technisch-industriellen Beamten wirksam vertreten werden können. Der gemeinsamen Arbeit der Berufscollegen ist es gelungen, heute nach zehnjährigem Bestehen des Bundes 24000 technische Angestellte zu organisieren. Der gemeinsamen Arbeit der Berufscollegen wird es im zweiten Jahrzehnt gelingen, die sich dem Organisationsgebanen gegenüber noch ablehnend verhaltenden Berufscollegen von der Notwendigkeit einer alle umfassenden gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu überzeugen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion des Jahresberichts, in dem besonders stark die Beschwerden über eine heimlich betriebene Einengung der Koalitionsfreiheit hervorhoben, erstattete Herr Ingenieur Heinrich Klemmer ein Referat über die Stellung der Ingenieure zu den Werkvereinen. Er kam zu einer entschiedenen Ablehnung der Werkvereine. Beschlusam ist, daß er auch jene Werkvereine verwarf, die ohne eine gelbe Tendenz zur

Schau zu tragen, Geselligkeit, Sport und das Unterhaltungsweesen pflegten, da die Gefahr ihres Mißbrauchs durch die Arbeitgeber im Falle eines Konfliktes möglich und tatsächlich schon recht oft vorgekommen ist. In einer Resolution, die die Stellung des Bundes zu dieser Frage umschreibt, gab die Versammlung einmütig ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Von einer ganzen Reihe der Debattenredner wurde über den Zwang Klage geführt, der von den Unternehmern ausgeht wird, um die Angestellten gegen ihren Willen in die Werk- oder Beamtenvereine zu pressen. Es kam ein lebhafter Protest gegen einen solchen moralischen Druck zustande. Herr Ingenieur Schierwagen hielt sodann einen Vortrag über die zukünftige Arbeit des Bundes. Ein kurzes instruktives Referat über Wert und Wesen einer Berufsstatistik hielt Herr Ingenieur Rebehn. Nach Erledigung der dem Gantage obliegenden Wahlen und einiger von den Ortsgruppen gestellten Anträge wurden die interessanten Verhandlungen nach neunstündiger ununterbrochener Dauer geschlossen.

Besuch der Werkbund-Ausstellung in Köln. Im Infanteriateil dieser Nummer leidet der Ortsausschuß zur Förderung des Besuchs der Deutschen Werkbund-Ausstellung zu einem Vortrag des Herrn Museumsdirektors Dr. Schaefer über die Deutsche Werkbund-Ausstellung am Mittwoch, dem 24. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit ein. Dazu teilt uns der Vorsitzende des Ortsausschusses noch das Folgende mit: Es werden (wie wir bereits früher kurz berichtet haben: Red. d. „N. W.“) an Ermäßigungen auf sämtlichen Strecken der Preussisch-Besitzlichen, der Reichsbahnen, der Mecklenburgischen und Bayerischen Staatsbahnen gewährt: Handwerker, gelehrte Arbeiter und technische Angestellte werden zum Besuch der Ausstellung für Hin- und Rückreise in der 3. Wagenklasse zum halben Fahrpreis (für Schnellzüge tarifmäßiger Zuschlag) befördert, wenn sie sind 1. Mitglieder von Krankenkassen, Versicherungsvereinen und Versicherungsanstalten insgesamt, 2. freiwillige Mitglieder dieser Anstalten bei einem Jahreseinkommen unter 2500.— Mark, 3) Mitglieder der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte mit einem Jahreseinkommen nicht über 2500.— Mk., 4) Selbständige Handwerker mit nicht mehr als 8 Gesellen. Bei Ziffer 1 bis 3 müssen auf der Hinreise mindestens 10 Teilnehmer sich zusammenschließen. Die Rückreise kann auch einzeln ausgeführt werden. Die Besucher (Ziffer 1—8) müssen ferner eine Erklärung des Arbeitgebers darüber vorlegen, daß sie handwerksmäßige Arbeiter, gelehrte Arbeiter oder technische Angestellte sind. Die Krankenkassen, Versicherungsanstalten pp. müssen auf dieser Erklärung die Mitgliedschaft des Reisenden bescheinigen und bestätigen, daß die Erklärung des Arbeitgebers von diesem selbst herrührt. (Besondere Muster auf den Stationen erhältlich.) Die unter 4 genannten selbständigen Handwerker müssen folgende Bescheinigung vorlegen:

Es wird hiermit bescheinigt, daß der selbständige Handwerker Herr in in seinem Gewerbebetrieb nicht mehr als 8 Gesellen beschäftigt und infolgedessen berechtigt ist, die tarifmäßige Fahrpreismäßigung zum Besuch der Deutschen Werkbund-Ausstellung Köln 1914 zu beanspruchen.

(Ort) (Datum)

Die Bescheinigung muß vom Vorstand der Gewerbesammer oder von der Polizeibehörde unterschrieben und mit Siegel versehen sein. Die Fahrpreismäßigung für die Hinreise muß bei der Fahrkartenausgabe der Abgangsstation spätestens 2 Tage vor Abgang des Zuges unter Vorlage der genannten Bescheinigungen beantragt werden. Die Fahrpreismäßigung für die Rückreise wird von der Fahrkartenausgabe in Köln gegen Vorlage dieser Bescheinigungen und Ausweise gewährt. Die Fahrscheine haben 4 Tage Gültigkeit. Auf der Hin- und Rückreise ist je eine Fahrtunterbrechung gestattet. Die Unterbrechungsstation muß bei der Fahrkartenausgabe angegeben werden. Bei einer Beteiligung von mehr als 100 Personen, bei Benutzung von Eil- und Schnellzügen durch mehr als 50 Personen, muß die Reise mindestens drei Tage vor der Abfahrzeit des Zuges schriftlich angemeldet werden. Es steht zu erwarten, daß auch die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft für ihre Strecken die Vergünstigung gewährt; die bezüglichen Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Eintrittspreise für Ausstellungs- und Vergünstigungspart betragen zusammen 1.10 Mk., für Kinder unter 12 Jahren 60 Pf., für Vereine bei gemeinsamem Besuch und einer Teilnehmerzahl von mindestens 100 Personen 80 Pf., einschließlich freier Benutzung der öffentlichen Garderoben und Toiletten.

Der Ortsausschuß macht besonders aufmerksam auf die Gesellschaftsreise des Gewerkevereins, über die unsere Auskunft von dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Julius Peitz, Königl. 18, erteilt wird. Der Gewerkeverein hat sich bereit erklärt, die Teilnahme an seiner Gesellschaftsreise jedermann zu gestatten; sie ist umso mehr zu empfehlen, als es dem Vorstand des Vereins gelungen ist, in Köln mit Hotels u. überaus günstige Vereinbarungen zu treffen, sodas dadurch eine wesentliche Verbilligung der Kosten des Besuchs der Ausstellung möglich ist. Der Vorsitzende des Gewerkevereins hat sich auch bereit erklärt, über die Gesellschaftsreise Aufschlüsse in der Vortragerversammlung am Mittwoch, dem 24. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Hause der Ges. z. Bef. gem. Tätigkeit zu geben.

Anmerkung der Redaktion: So sehr es auch zu begrüßen ist, wenn durch Fahrpreismäßigungen den Handwerksgesellen und Handwerksmeistern der Besuch der Werkbundausstellung erleichtert werden soll, so muß doch wiederum aufpassen, daß hierin keine gleiche Behandlung stattgefunden hat. So müssen sich für die Hinreise mindestens 10 Handwerksgelellten zusammenschließen, während für die selbständigen Handwerker eine derartige Bestimmung nicht besteht. Zweifellos sind aber die Meißer weit eher in der Lage, die Kosten für den Besuch der Ausstellung aufzubringen und 10 Teilnehmer zu einer gemeinsamen Reise zusammenzubringen, als die Gesellen. Wenn nun keine 10 Teilnehmer vorhanden sind, so ist für die Gesellen die ganze Vergünstigung hinfällig. Es wäre sehr erwünscht, hier eine Änderung vorzunehmen und auch den Gesellen allgemein die Ermäßigung zu gewähren.

b. Schöffengericht am 16. Juni. Abgewiesenes Liebeswerben. Der Arbeiter B. aus Westpreußen sollte angeblich mit einer Landsmännin verkehren, wozu ihm die Lust mangelte. Auf ihre wiederholten Anspielungen bei der Arbeit in Schluput wurde B. so ärgerlich, daß er ihr einige Faustschläge auf den Kopf versetzte und mit einem großen Riffenhanne eine bedeutliche Kopfwunde beibrachte. B. ist rüchfällig und muß diese handgreifliche Abweisung mit 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis büßen. — Freude am Leben. Ein junges Dienstmädchen B., das 6000 M auf der Sparte liege hat, aber trotzdem aus dem Postenmonate ihres Dienstherren einige Wochen nach Stellenantritt nach und nach 1750 M moßte. Wegen Diebstahls hatte das Mädchen auch schon zwei Jahre Zwangsverziehung genossen. Es wurde heute zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. — Ein Spargelfreund. Der Gelegenheitsarbeiter D. stahl einen Korb mit 14 Pfund Spargel, die gleich verfilbert und dann in Speise und Trank verwandelt wurden. Dieser Spaß kostete

3 Wochen Gefängnis. — Den ersten Schritt zum Agrierer unternahm der Hausierer W., dessen jehlichster Wunsch sich im Besitz einer guten Milchziege verdrückte. Als in der Zeitung ein solch edles Tier angeboten wurde, sah W. den Wendepunkt seines Lebens gekommen, der ihn zum unabhängigen, selbständigen Milchproduzenten machte. Der Kaufvertrag wurde vom Großviehhändler nicht, weshalb er um so erfreuter war, als hösliche Leute ihm die Vorzüge des Tieres priesen und sogar noch soweit gingen, es in Freiheit dressiert vorzuführen. Mehr kann der Mensch nicht verlangen. Auf dem Wege zum Schlachthof, allwo die Langhaarige untergebracht war, hatte sich W. in die guten und nützlichen Eigenschaften einer respektablen Ziege so festgebissen, daß ihn kein Reider mehr von seinem Entschluß abbringen konnte. Zwar hatte sich der gute Mann eine andere Vorstellung von seiner zukünftigen Hausfreundin gemacht; sie sollte nicht so mager sein und keinen so elenden Anblick gewähren, aber schließlich leuchtete ihm doch ein, daß alles, was viel Haare lassen muß, nicht fett werden kann. Also mußte es auch mit ausgemolkenen Ziegen sein, die der Bequemlichkeit wegen im Schlachthaus zur Pflege gegeben würden. 21 M. Kontant wurden gefordert, unser Freund bot sofort 25 M.; er scherte sich dadurch nicht nur das lebende Inventar seines zukünftigen Bauernhofes, sondern genoss von vornherein Zahlungserleichterung. Der endgültige Handschlag blieb dem Familienoberhaupt vorbehalten, einem langen Herrn mit wehendem Mantel, der nicht nur mit Ziegen, sondern manchmal auch mit Ochsen zu tun hat. Der Schlachthausmeister W. nahm den mittlerweile wieder ängstlich Gewordenen ins Gebet und beschwor hoch und heilig, daß sich eine bessere Gelegenheit zur Milchwirtschaft nicht mehr biete. Mit der Gewissheit, nicht nur eine gute, sondern eine hochfeine Milchziege an der Leine zu haben, leuchtete die neuen Freunde nach Hause. Die weite Reise nach Westoe hatte aber das Ziegenlein recht M. zu angegriffen, daß die ersten Tage die Milch nur spärlich lief. Die Ehefrau, die als Mädel vom Lande auch etwas von Tierpflege verstand, holte die saftigsten Kräuter und wandte das nahrhafteste Futter an, alles vergeblich, das untergehaltene Töpfchen wollte nicht voll werden. Eine zum Schreiben kleine Fingerbeutend der Nachbarin kennezeichnete den jämmerlichen Inhalt. Endlich wurde auch dem Hausierer klar, daß hier im Stall ein schwindlichtiges elendes Tierchen hand, bei dem alle Mühe vergebens war. Das große Gut und die kräftigen Ziegen waren nur Einbildung. Der Verkäufer, der wohl Angst hegte, die 10 M. Ersthandpreis beim Schlachten nicht herauszuschlagen, wollte ein Geschäftchen machen, das ihn wegen Betrugs vor das ihm nicht unbekanntes Gericht brachte. Er ist über den Vorwurf höchst erstaunt. Er meint, das Tierchen hätte gut 2 Liter Milch und mehr geben können, wenn es richtig gefüttert worden wäre, aber es habe nichts im Leibe gehabt und sich von Stroh und Kartoffelschalen nähren müssen. Eine Ziege müsse viel fressen und Schrot haben. Der Handel wurde rückgängig gemacht und gegen den Schlachthaus- und Ziegenhändler 1 Monat Gefängnis beantragt. Doch beschloß das Gericht, vor der Urteilsfällung einen Sachverständigen zu hören. — Ein gewagtes Unternehmen wollte das Dienstmädchen B. beim Verlassen der Stellung mitnehmen. Es packte einige überne Zuckerschälchen im Werte von 10 M. ein. Urteil: 10 Tage Gefängnis. — Der Versuch einer Wagenfahre und dem Geruch erlegen. Drei Wagenfahrer der Lübeck-Büchener Eisenbahn hatten während des Nachdienstes einen Eisenbahnwagen mit Käse entdeckt. Da eine Rinde frei und eine Käsevolle nicht dicht war, stieg der eine auf die Achse seines Kollegen und holte drei Käse heraus; mit einem, der einen und Elias einen. Vorläufig wurden sie in der nahen Gartenhütte untergebracht, wo sie die andern abholen sollten. Der eine Wagenfahrer erkreuzte seine Frau mit einer Extragabe, die sie bei ihren 30 M. Bierzehntagsgeld gut gebrauchen konnte. Während zwei der Kollegen sich mit dem Abholen nicht beizien, wurde bei dem dritten ein anständiges Stück von dem 9-Pfünder abgeschlitten. Dann kam die Polizei und erkundigte sich nach dem Diebesgut, das die Frau erst einer Nachbarin zusteden wollte und als diese den heißen Kram ablehnte, wurde der Käseballen ins Bett verfrachtet. Die andern flogen in den Feldgraben. Es handelt sich um gewöhnliche Sorte, die etwa 18 M. Wert hat. Der Eisenbahn Diebstahl kostete den dreien die langjährige Stellung und bringt zweien von ihnen außerdem je 3, dem dritten, der nur dabei stand und „auf die Schienen aufpakte“, 2 Wochen Gefängnis wegen Hehlerei ein. Die Schließung der Ehefrau wird als Begünstigung aufgefaßt und mit 30 M. Geldstrafe geahndet.

Straßenperren im Stadtteil Travemünde. Das Polizeiamt macht bekannt: Wegen Selbstarbeiten in Travemünde wird die Torstraße vom Marktplatz ab, die Marktstraße und Vorderreihe bis zur St. Lorenzstraße vom Donnerstag, den 18. bis 19. d. Mts. ab voraussichtlich auf die Dauer von einer Woche für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Handelsregister. Am 15. Juni 1914 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Waldersa u. Co., Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. H. J. A. Walter ist der alleinige Inhaber der Firma.

pl. Das Stadttheater brachte gestern die Operette „Die vier Hühner“ heraus, in der die prächtigen und einschmeichelnden Melodien des Komponisten J. Strauß klingen. Lebenslust, Fröhlichkeit und Anmut sind die Züge dieser Operette, die wieder bei dem recht zahlreich erschienenen Publikum die allerfreundlichste Aufnahme fand. Es wurde aber auch mit Lust und Liebe gemitt. Herr Scheper war ein stimmreicher Graf Zedlau, der sich durch Einlage des bekannten Liedes „Die Finken schlagen, der Renz ist da“ noch einen besonderen Applaus verdiente, aber in dem prächtig gelungenen Duett mit Herrn Graf (Kammerdiener) „Du süßer Zudertaubel mein“ das Beste bot. Mit feiner Komik gab Herr Direktor Horwich den kniebedingten russischen Minister. Von den Damen standen Frä. Bödich als feine Probiermamsell und Frä. Ronell als charmante Gräfin Zedlau an erster Stelle. Wirkungsvoll

und dabei echt im Dialekt war Herr Seydcker als Russischbesitzer Cagliari, dessen Tochter für die Ballettente und Geliebte Zedlaus sich reichlich zurückhaltend benahm. Unter der unflätigen musikalischen Leitung des Herrn Kapellmeisters Andermann nahm die Vorstellung einen sehr befriedigenden Verlauf.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Über das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide“, das hier am kommenden Freitag zur Aufführung kommt, schreibt eine hannoversche Zeitung anlässlich der dortigen ersten Aufführung: „Es wird nicht zu viel gesagt sein, wenn man behauptet, daß das Stück in die Reihe der großen Schlager „Mit-Heidelberg“, „Im weißen Rössl“ usw. zu setzen ist.“

Hausattheater. Man schreibt uns: Auch Dienstag war der Erfolg von „Jugbaron“ ein durchschlagender, sodass die Operette noch viele Wiederholungen erleben wird. In der am Donnerstag stattfindenden Lustspielnovität „Cheferien“ wird auch der Verfasser Overz zugegen sein. Das Lustspiel behandelt die Frauenfrage in so humorvoller Weise, daß der Erfolg auch hier wie andernorts nicht ausbleiben wird. Freitag wird der „Jugbaron“ zum dritten Male gegeben.

Die Zirkus-Carré-Festspiele beginnen morgen. Zur Aufnahme des im Laufe des Vormittags eintreffenden Gesamtzirkus sind auf dem Burgfelde bereits die Stallungszelte aufgeschlagen. Die zwei mächtigen Sonderzüge des Zirkus Carré treffen morgen hier ein. Die Singaleesen, Japaner, Chinesen, Araber, Marokkaner, Beduinen und Cowboys tragen bei ihrer Ankunft ihre Nationaltracht und zeigen ein farbenprächtiges Bild, das durch die Elefanten, Kamele und Trampeltierherde, die Lamas, Gelbhirse, Bären, Löwen, Wipons, Yaks, Antilopen und die große Herde in eigenartiger Weise vervollständigt wird. Großes Aufsehen erregt immer die große Straßenlokomotive des Carré-Betriebes, die die schwersten Wagen zum Zeltplatz befördert. Der Dreimaß-Zirkus Carré wird morgen zum ersten Male in Lübeck seine Festspiele eröffnen. Diese neue Veranstaltung bringt in jeder Vorstellung nicht weniger als 70 Nummern. Artisten aus vier Erdteilen werden hier ins Treiben geführt, um neue Rekorde und Meisterschaften in equestriischer Kunst zu schaffen. Es empfiehlt sich, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, da eine Verlängerung des künftigen hiesigen Gastspiels auf keinen Fall stattfinden kann.

Oldesloe. Ertrunken. In der Baste ist beim Baden der Lehrling des Schuhmachermeisters E. Kurdt ertrunken. Der Berunglückte war des Schwimmens nicht kundig.

Lauenburg. Zwei Personen beim Baden ertrunken. Das Baden in der Elbe hat abermals zwei Opfer gefordert. Bei Lauenburg ertrank der 14 Jahre alte Sohn des Arbeiters Mund und bei Arkenburg der 17 Jahre alte Diensthof Fritz Kender aus Wandsbek.

Harburg. Einem tödlichen Unfall fiel am Dienstag morgen der Arbeiter Wortmann aus der Marktstraße im Köberschen Betriebe zum Opfer. Wortmann war als Kranführer mit dem Transport von großen Formkästen beschäftigt. Bielesicht hat er infolge eines Fehltrittes nach einem Halt gesucht und dabei das Schakteil ergriffen. Der Unglückliche geriet dabei zwischen den Formkästen und einem Stapel Säulen, so daß ihm der Kopf eingedrückt wurde. W. ist schon auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben.

Hadersleben. Das Ergebnis der preussischen Gewaltpolitik in Nordschleswig. Mit zielbewusster Energie setzt das Dänentum seinen Kampf für die Erhaltung seiner Kultur in Nordschleswig fort. Wieder einmal haben die Dänen der Öffentlichkeit einen Beweis dafür geliefert, daß sie ihren Abwehrkampf ausgezeichnet organisiert haben. Ihre Hauptkräfte sind drei große Vereine: der Wahlverein, der Sprachverein und der Schulverein. Die alljährliche Generalversammlung dieser Vereine, die am Sonntag in Hadersleben stattfand, ist für die dänische Bevölkerung Nordschleswigs zu einem nationalen Festtage geworden, der durch die Massenbeteiligung den Charakter einer imponierenden Demonstration gewinnt, die in agitatorischer Beziehung von großer Bedeutung ist. Der Sprachverein besteht nun 33 Jahre. Seine Tätigkeit besteht in der Verbreitung dänischer Literatur durch Einrichtung und Unterhaltung von Volksbibliotheken, die jedem Dänen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Der Verein hat im vergangenen Jahre einen Zuwachs von 548 Mitgliedern gehabt und zählt gegenwärtig 5359 Mitglieder. Von der großen Zentralbibliothek des Vereins werden nicht weniger als 170 kleine Bibliotheken unterhalten. Der Schulverein sieht seine Aufgabe darin, durch Unterstützungen verschiedener Art jungen dänischen Nordschleswigern den Besuch reichsdänischer Volkshochschulen und ähnlicher Bildungsinstitute zu ermöglichen. Für die Wirksamkeit dieses Vereins sollte die preussische Regierung dankbar sein, hilft er doch vielen Nordschleswigern über die Mängel hinweg, die ihnen beim Verlassen der preussischen Volksschule noch anhaften. Der Schulverein zählt gegenwärtig 11 831 Mitglieder und hat im Berichtsjahre 465 junge Nordschleswiger auf dänische Volkshochschulen verschickt. — Der Wahlverein regelt die politischen Angelegenheiten der Dänen. Er hat im Berichtsjahre einen Mitgliederzuwachs von 919 gehabt, so daß der gegenwärtige Stand 8219 beträgt, davon 7038 Männer und 1196 Frauen. Die dänische Verteidigung ist verstärkt worden durch die Gründung der sog. „Volkswehr“, die zur Aufgabe hat, den nord-schleswigischen Grund und Boden in dänischem Besitz zu erhalten. Nach den Generalversammlungen hielt der Reichstagsabgeordnete H. Hansen einen Vortrag über die Zustände in Nordschleswig. Er unterzog die preussische Desperadopolitik einer scharfen, aber berechtigten Kritik und kennzeichnete die Kampfweise der chauvinistischen Gegner. In der den Schluß der Tagung bildenden Volksversammlung fiel natürlich so manches bittere, aber berechtigte Wort gegen die preussische Gewaltpolitik. Alles in allem hat die Tagung

gezeigt, daß die preussische Regierung mit ihrer Nordmarkenpolitik das Gegenteil von dem gewollten Zweck erreicht.

Delmenhorst. Tödlischer Unglücksfall. Der 8-jährige Sohn des Maurers Müller wurde an der Kramerstraße von einem Fuhrwerk überfahren und tödlich verletzt.

Zwischenmahn. Aus Furcht vor Strafe erhängt hat sich der Kleinknecht des Landwirts K. in Etern, ein 14-jähriger Junge. Er hatte einige kleinere Beträge entwendet und sollte sich nunmehr vor dem Strafrichter verantworten.

Kommunales.

Der deutsche Städtetag in Köln. Am zweiten Verhandlungstage wurden nach einem Vortrage des Beigeordneten Rehorst-Köln über die Werkbundausstellung die Verhandlungen eingeleitet durch Referate über die Verbindung der Gemeinden mit dem Privatkapital zu wirtschaftlichen Unternehmungen. Es sprachen hierzu Regierungsrat Dr. Leonie-Straßburg und Oberbürgermeister Körte-Königsberg. Die Redner begründeten ausführlich folgende Leitsätze:

„Eine Verbindung von Städten und Privatkapital der wirtschaftlichen Unternehmungen wird für die deutschen Stadtwirtschaften bei solchen Betrieben in Frage kommen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Besonders geeignet ist sie bei Unternehmungen, die den Umkreis einer Einzelgemeinde überschreiten und in allen Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb Schwierigkeiten entgegenstehen. Auf jeden Fall erscheint es wünschenswert, daß die Kommunalverbände in den gemeinsamen Unternehmungen die Führung behalten. Die nähere Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Städten und Privatkapital hängt von der Lage des Einzelfalles ab. Der deutsche Städtetag spricht sich aber dagegen aus, daß auf dem Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung bestimmte Rechtsformen oder -normen für die Verbindung von Gemeinden und Privatkapital geschaffen werden.“

Sie schilderten die gewaltige Bedeutung des Großkapitals vor allem in der elektrischen Industrie, die Notwendigkeit der Städte, vielfach zusammen zu arbeiten und die großen wirtschaftlichen Vorteile, die sich dabei notwendig herausstellen. — Allgemeines Aufsehen erregte es, daß Dr. Leonie eine vom Ingenieur der A. E. Werke, v. Ludwig ausgearbeitete Broschüre über Elektrizitätswerke vorlegen ließ, in der angeblich einwandfrei bewiesen wurde, wieviel leistungsfähiger und billiger die private Elektrizitätserzeugung sei. In der sehr ausgedehnten Debatte plakten die Meinungen ziemlich heftig auseinander. Neben zahlreichen Befürwortern der Leitsätze betonte Oberbürgermeister Cunow-Hagen, daß diese für ihn völlig unannehmbar seien. Die Kommunale Selbstverwaltung, von der man immer so viel rede, werde völlig preisgegeben. Der Einfluß der großen Unternehmungen sei bedauerlicherweise bis in diese Versammlung hineingedrungen. — Genosse Heiman-Berlin führte unter großer Aufmerksamkeit aus: Die Gegner der rein kommunalen Betriebe müssen erst beweisen, daß die 27 Städte mit eigenem Elektrizitätswert schlechter arbeiten als die Privatbetriebe. Die städtischen Betriebe sind nicht nur in der Höhe ihres Kapitals, sondern auch in der sozialen Gestaltung ihrer Tarife den Privatwerken ebenbürtig oder überlegen. Es stimmt auch bedenklich, daß die gemischtwirtschaftliche Unternehmung immer nur für solche Betriebe propagiert wird, die große Gewinne versprechen. Das andere bleibt den Gemeinden überlassen. (Heiterkeit und Beifall.) Trotz aller vorläufigen Verträge wird doch immer die Gemeinde praktisch durch den Privatkapitalisten übervorteilt werden. Denn diese behalten doch weiter die wirkliche Leitung. Nur die städtische Regie bewahrt vor der Umklammerung durch den Elektrizitätsruß; nur sie sichert der Gemeinde den Einfluß, den der Besitz so großer Werke auf zahlreichen Gebieten gewährt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gemeinden, wenn sie sich in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen einlassen, auf ihr Selbstverwaltungsrecht verzichten, zugunsten der Aktionäre privatrechtlicher Gesellschaften. (Lebhafte Beifall.) Nach weiterer Aussprache wurden die Leitsätze mit einigen Abänderungen gegen eine beträchtliche Minderheit angenommen; unter dieser Minderheit befanden sich auch die etwa 25 sozialdemokratischen Vertreter. — Große Bedeutung haben die Leitsätze nicht, da sich ja jede Stadt nach ihren besonderen Verhältnissen und vor allem nach dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß, der sie beherrscht, richten wird. — Damit waren die Verhandlungen des deutschen Städtetage beendet.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 16. Juni.
Auftrieb 4750 Schweine.
Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 51,— (— bis 41,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 51,— (— bis 41,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 51,50 bis 52,— (40— bis 40,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 51,50 bis 52,— (40— bis 40,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 48,— bis 50,— (36— bis 38,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 45,— bis 46,— (36— bis 37,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40,— bis 44,— (31,— bis 34,50) M.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Bunt vom Boof aus (4788) am Donnerstag, dem 18. Juni vormittags von 8 Uhr ab an der **Hüfertorbrücke Dankwartsbrücke** und **Strudfahre.**
1 möbliertes Zimmer (4794) nach vorne. An der Mauer 104.
Suche zum 1. Oktober eine Bunt-Zimmerwohnung, am 1. mit Gas. (4798) H. Ratheke, Thafstr. 141.

Al. Wohnung zum 1. Juli zu vermieten. Zu besehen abends nach 7 Uhr. (4798) Näheres Wötcherstr. 4, I.
Gef. z. 1. Okt. 3-Zimm.-Wohn. v. Leuten mit 8jähr. Kind, Stadt ober Burgtor, bis 240 M. Ang. u. 3 15 an d. Exp. d. Bl. (4795) Wochentlich mit Marmoraufflag, Petroleumkocher, Einmachekruken, Kleidungstücke billig. (4785) Engelsgrube 35, I., r.
Guterhaltener Puppenwagen zu verkaufen, 8 M. Gr. Altfahre 11, II.
Kindertwagen a. Gummi, neuer Schirm, für 10 M. zu verk. Mengstraße 17 II. (4805)

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moisinger Allee 60.

Klappportwagen (neu) m. u. ohne Verdeck, w. Plazm. sehr bill. z. verk. (4792) Heinr. Maab, Professestr. 23.
Ein Küchenherdtaffel billig zu verkaufen. Preis 4 M. (4809) Kottwischstr. 52, II., I.
Sach-Tauben zu verkaufen (4791) Brollmstr. 6, I.
Junge Kaninchen billig. (4790) Petersstr. 1 d II.
Zu kaufen gesucht **eine Gangbude.** (4789) Lübowstr. 27 I.

Henkel's
Bleich-Soda
für alle
Küchengeräte



Hierichs & Co., Johannesstr. 1
Spez. Abteil. Trauerkleidung 3101

An meine werte Kundschaft
richte ich hiermit die höfliche Bitte, Billetts für die am Donnerstag statt-
findende **Première der**
Circus-Carré-Festspiele

rechtzeitig, eventuell telephonisch (Nr. 1583) zu bestellen.
Die Nachfrage ist bereits eine sehr grosse und es wäre mir äusserst
unangenehm, wenn durch zu späte Bestellung meine werten Kunden un-
günstige Plätze erhalten, und dadurch ein Misston in den langjährigen ge-
schäftlichen Beziehungen herbeigeführt würde.
Mit vorzüglicher Hochachtung

Ernst Koll,
Vertreter der Firma **M. Niemeyer**,
Breite Strasse 63, Ecke Kl. Schrangeng.
Telephon 1583.

Achtung!
Lastadienarbeiter!

Wegen der stattfindenden Platz-
versammlungen fällt die regelmäßige
Mitgliederversammlung aus.
4786) **Der Vorstand.**
NB. Platzversammlungen siehe
Laufzettel. D. D.

Zentralverband der
Zimmerer!
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 18. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

- Tagungs-Ordnung:
1. Abrechnung vom Gewerkschafts-
haus.
 2. Kartellbericht.
 3. Bericht der Tarifkommission über
den Stand unserer Tarifbewegung
 4. Innere Verbandsangelegenheit.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
4797) **Der Vorstand.**

Zentral-Hallen

Dankwardtgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
146)

Vortrag

des Herrn
Museumsdirektor Dr. Schaefer
über die
**Deutsche Werkbund-
Ausstellung** (4808)
Köln 1914

am Mittwoch, dem 24. Juni 1914
abends 8 1/2 Uhr
im großen Saal des Hauses der
Gesellschaft zur Beförderung
gemeinnütziger Tätigkeit, Königstr. 5.
Eintritt jedermann gestattet.
Der Ortsausschuß zur Beförderung
des Besuchs der Deutschen Werk-
bund-Ausstellung Köln 1914.
L. A.: Dr. Allendorf, Vorsitzender.

Stadthallen-Sommertheater.

Mittwoch, den 17. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Jettchen Gebert.

Schauspiel von Georg Herrmann.
Donnerstag, den 18. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Zum letzten Male:
Die erfolgreiche Operettennovität

Hoheit - der Franz.
Operette von Robert Winterberg.
Freitag, den 19. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Novität! Robilität!
Großer Lacherfolg!

Als ich noch im Flügelkleide.
Ein fröhliches Spiel von Feyh
und Frehsee.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarettenhandlung Otto Borchert.
Musikalienhandlg. F. W. Kaibel.
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit. (4811)

Hansa-Theater

Direktion Ernst Albert.
Heute Mittwoch, den 17. Juni:
Das Farmermädchen.

Donnerstag, den 18. Juni:
Die erfolgreichste Lustspielnovität
Eheferien.

Freitag, den 19. Juni:
Der Juxbaron.

Bisher größter und durchschlä-
gendster Erfolg der Saison.
„Kleine Mädchen müssen schlafen
gehn.“
Anfang stets 8 1/4 Uhr. (4796)

147 600 Personen

besuchten in Bremen, Bremer-
haven, Oldenburg die Carré-
Festspiele!

2 Tage vorher waren in Olden-
burg die Carré-Festspiele aus-
verkauft!

In Bremen und Bremerhaven
fanden 1000^{de} von Personen
wegen Ueberfüllung keinen
Platz.

Carré

der Favorit der Brüsseler
kommt

morgen

Donnerstag, d. 18. Juni

nach

Lübeck

um in der Gala-Première
seines

70 - Nummern - Programms
persönlich mitzuwirken.

Billettvorverkauf bei
M. Niemeyer, Breite Str. 63, Tel. 1583.
Ecke Kleiner Schrangeng. (4800)
F. Sager, Kohlmarkt 3, Tel. 1333.

Empfehle als besonders preiswert in ker-
niger Ware aus nur eigener Schlachtung:

Fetten Speck geräuchert 80 1/2
das Pfund
Mageren Speck geräuchert 80 1/2
das Pfund
und gebe an Wiederverkäufer mit 70 1/2
pro Pfund ab. (4803)

Ferner:
: Flomen :
vorzügliche Qualität 60 1/2
ausnahmsweise das Pfund nur

Auf sämtliche Waren
4% **Rabatt.**

Verkauf in meinen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- und
Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Für bintarme Kinder und bleichsüchtige junge Mädchen gilt die
Ernährung mit Milch als sehr zweckmäßig; für viele aber ist reine Milch
schwer verdaulich, andern widersteht sie. Beide Schwierigkeiten über-
windet man erfolgreich durch Zusatz von „Kufete“. Dieses bewährte
Nährmittel wirkt zugleich appetitanregend, kräftigend und verdauungs-
fördernd. (4784)

Schleifen u. Reparieren aller Arten Messer u. Scheren
Spezialmaschinen, Glätt-
zum Schleifen von Klappen.
Pferdeklipper, Viehschoren,
Haarschneidemaschinen.

Rasierapparate
Rasiermesser
Rasiergarnituren
Haar- und Bart-
Schneide-
maschinen
Taschenmesser
Tischmesser u. Gabeln
Forken und Löffel
Tranchiermesser
Geflügel-scheren
Damen-, Stick-, Nagel-
Scheren, auch in Etnis
Obstmesser
Salatbestecke
Garten-Scheren
-Messer, -Sägen.

Johs. Vittur,
Lübeck, Holstenstraße 13-15. (4806)

Mittsommerfest 4810
Alkoholfreies Volks- u. Jugendfest
am Sonntag, dem 28. Juni 1914
auf dem Flugplatz, Israelsdorfer Allee.

11. Genossenschaftstag.

k. Bremen, 15. Juni.

2. Tag.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit Entgegennahme des Berichts des Vorstandes über die Tätigkeit des Vorstandes und die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

den Kaufmann (Hamburg) erstattete. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir schon einen Auszug brachten, und gab zu den einzelnen Kapiteln des Jahrbuches noch einige Erläuterungen. Zunächst besprach Kaufmann den Warenbezug der Konsumgenossenschaften von landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften. Der direkte Bezug von der Landwirtschaft habe den gleichen Fortschritt gemacht wie die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung überhaupt. Es würden aber von den Konsumvereinen noch für viele Millionen Mark Agrarprodukte nicht direkt von der Landwirtschaft, sondern von den Händlern bezogen werden. Hier habe die G.-G. noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Ueber große wirtschaftliche Kämpfe sei in jedem Jahre zu berichten. Hier heiße es aber „viel Feind, viel Ehr!“ Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung sei so stark, daß sie nicht mehr vernichtet werden könne. Durch die Angriffe der Gegner sei die Entwicklung nicht gehemmt, sondern eher noch gefördert worden. Durch die Besteuerung der Konsumvereine veruche man ebenfalls die Konsumgenossenschaftliche Bewegung zu hemmen. Der Zentralverband werde aber nicht nachlassen, sich auch auf diesem Gebiet seiner Haut zu wehren. Redner gab dann ein Bild der Entwicklung des Zentralverbandes, die so schnell gewesen sei wie in keiner Konsumgenossenschaftsbewegung der Welt. Die Zahl der angeschlossenen Konsumvereine stieg von 666 im Jahre 1903 auf 1157 im Jahre 1913, die 1621 195 Mitglieder (gegenüber 578 085 im Jahre 1903) umfassen. Der Umsatz der Konsumvereine im eigenen Geschäft betrug 1903 131 786 107 Mk., 1908 252 600 858 Mk. und 1913 472 006 215 Mk. Die Kassenbestände betrugen 1913 55 532 406 Mk. und die Warenbestände 53 802 241 Mk. Zu den einzelnen Konsumvereinen kommen noch die dem Zentralverbande angeschlossenen Produktgenossenschaften und die Großverkaufsgesellschaft. Der gesamte Umsatz im eigenen Geschäft betrug 1903 160 023 079 Mk., 1908 326 162 508 Mk. und 1913 640 123 888 Mk. Diese Zahlen drücken die Entwicklung des Zentralverbandes am besten aus. Sie sind aber kein Grund, zu glauben, daß wir schon recht viel erreicht hätten. Nein, wir befinden uns erst im Anfang der Genossenschaftsbewegung. Unser Ziel ist, den gesamten Konsum zu organisieren und für den organisierten Konsum zu produzieren. Von diesem Ziel sind wir aber noch weit entfernt. Den Weg, den wir noch zurückzulegen haben, ist noch viel weiter, wie der, den wir schon zurückgelegt haben. Darum muß unsere Aufgabe sein, mit allen Kräften vorwärts zu streben, so daß wir Stunde um Stunde unserem Ziel näher kommen. Der geschaffene Generalkrat hat um die Stärkung der Genossenschaftsbewegung ein großes Verdienst. Im Laufe weniger Jahre wird man sehen, welche außerordentliche Bedeutung der Generalkrat für die Entwicklung der Konsumvereine hat.

Kaufmann erörterte dann die Notwendigkeit der Bildung eigenen Kapitals. Die Organisierung des Geldwesens der Konsumvereine sei eine der wichtigsten Aufgaben der Genossenschaften. Ihre Lösung sei Voraussetzung jeder weiteren Entwicklung. Es müsse immer mehr versucht werden, sich vom Privatkapital unabhängig zu machen. Durch die „Volksfürsorge“ komme man in den Besitz gewaltiger Kapitalien, die zur Lösung sozialer Fragen dienbar gemacht werden können. Die Wohnungsfrage komme hier zunächst in Betracht. Ueber auch den Konsumvereinen sollten die Kapitalien zugute kommen. In Verbindung mit der Bauabteilung der G.-G. sollen den Konsumvereinen Hypotheken gewährt werden. Kaufmann schloß seine Ausführungen mit der Betonung, Mut und Selbstvertrauen sei das Entscheidende für die Weiterentwicklung der Genossenschaften. Der Wahlspruch müsse nach wie vor lauten: „Vorwärts und aufwärts!“ (Lebhafte Beifall.)

Ueber die Bestrebungen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes referierte B ä f f l e i n - Hamburg. Er besprach eingehend die von den Abgg. F a s h e n d e r und Genossen (Zentrum) im Reichstag beantragte Abänderung des deutschen Genossenschaftsgesetzes, gegen die man sich erklären müsse. Die meisten Abänderungsvorschläge erweckten lebhaftes Bedenken und ständen im Widerspruch mit den Grundgedanken der Selbstverantwortung und der wirtschaftlichen Freiheit der Genossenschaften. Der Redner unterbreitete eine Resolution, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist. Sie richtet an den Reichstag das Ersuchen, den Abänderungsplänen nicht zuzustimmen, und es der inneren Kraft des in vollkommener Freiheit sich entwickelnden Genossenschaftswesens zu überlassen, die Schäden, die sich hier und da gezeigt haben mögen, ohne Beihilfe von außen zu überwinden.

Der Genossenschaftstag stimmte ohne Debatte einstimmig der Resolution zu.

Dann gab K u p r e c h t - Hamburg den Bericht der Fortbildungscommission. Die mit den Bezirksunterrichtskursen gemachten Erfahrungen bestätigten die Notwendigkeit dieser Art des Unterrichts und würden daher auch die Richtschnur für die Arbeit der nächsten Jahre geben. Im Jahre 1913 haben Unterrichtskurse stattgefunden für den mitteldeutschen Verband in Magdeburg, für den nordwestdeutschen Verband in Lübeck und für den südwestdeutschen in Frankfurt a. M. Der Verlauf der Unterrichtskurse war in allen Fällen ein gleich zufriedenstellender. Für die Aufsichtsratskurse ist eine wesentliche Verbesserung durchgeführt worden. Die Anmeldungen zu den Kursen konnten nicht für alle berücksichtigt werden. Bis Ende 1913 haben insgesamt 24 Personale an den Unterrichtskursen für Vorstandsmitglieder teilgenommen. In den vier Aufsichtsratskursen im Jahre 1913 nahmen 169 Vereine mit insgesamt 773 Personen teil. In dem Lehrplan für das laufende Jahr ist eine Erweiterung vorgesehen. Es sollen Spezialkurse für besondere Fächer eingeführt werden.

Ueber die Unterstufungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete A. v. E l m. Trotz des in Kraft getretenen Angefallengesetzes war der Zugang an neuen Mitgliedern ein lebhafter. Die Zahl der angeschlossenen Personen ist von 7194 auf 8363 gestiegen. An 44 Personen wurden Alters- und Invalidenrenten mit zusammen 12 824 Mark und an 46 Personen Witwen- und Waisenunterstützung mit zusammen 9040 Mark ausgezahlt. In 37 Fällen konnte Kurbehilfe mit insgesamt 6001 Mark gewährt werden. Das Gesamtvermögen der Kasse beträgt 3 767 498 Mark. v. Elm betonte am Schluß seines Berichtes, was der Zentralverband auf diesem Gebiet leistet, leiste keine andere Genossenschaft der Welt. Er bitte, daß sich auch die der Unterstufungskasse noch nicht angehörigen Vereine sich dieser nur anschließen.

Den Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes erstattete Dr. M ü l l e r - Hamburg. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung seien im Berichtsjahr nicht gefällt worden, diese würden meist in den ersten Jahren der Tarifdauer gefällt. Redner verwies im übrigen auf den gedruckten Bericht und ging dann auf die in diesem Jahre von der Lagerhalterkonferenz gefassten Entschlüsse bezüglich der Schiedsgerichte ein. In dieser Entschliessung wird festgestellt, daß verschiedene Genossenschaften die vereinbarten Schiedsgerichte oder deren Urteile nicht anerkennen. Da durch dieses Verhalten einzelner Genossenschaften der Zweck der Schiedsgerichte illusorisch gemacht werde, wurde der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen beauftragt, dem

Zentralverband deutscher Konsumvereine die Pflicht aufzulegen, auf den Genossenschaftstagen die angeschlossenen Genossenschaften auf die Einhaltung des Schiedsgerichtsvertrages hinzuwirken. Gegen die Form dieser Resolution wandte sich Müller sehr entschieden. Es sei ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn für das Verhalten einiger Mitglieder einer Organisation die gesamte Organisation verantwortlich gemacht werde. Selbstverständlich wäre es, daß Verträge eingehalten werden müssen. Der Zentralverband dringe auch immer darauf, daß eingegangene Verpflichtungen auch eingehalten werden. Wenn dies nicht geschehe, so mißbillige der Vorstand dies. Es sei aber ungewöhnlich, daß eine Konferenz der Lagerhalter dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Verpflichtung auferlegen wolle. Die von den Lagerhaltern beliebte Methode (das Ziel mit Drohungen) sei die allerungeeignetste. Er wolle als wahr unterstellen, daß Schiedsgerichte und deren Sprüche nicht anerkannt würden. Zu empfehlen sei, daß das Tarifamt bei Streitigkeiten zu Rate gezogen werde.

Der Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, D ö h n e l - Berlin erklärte, die Resolution sei vom Zentralvorstand des Handlungsgehilfenverbandes verfaßt worden. Wenn dieser eine derartige Entschliessung fasse, so lägen gewichtige Gründe hierfür vor. Müller habe gesagt, der eingeschlagene Weg sei der ungeeignetste. Es sei aber der letzte Weg gewesen, den der Verband hätte gehen können, weil alle anderen schon begangen worden wären. Dem anderen Kontrahenten müsse gesagt werden, daß auch er eine moralische Verpflichtung für die Einhaltung des Uebereinkommens habe. Die Treue müsse von beiden Seiten gehalten werden, nicht nur von der einen. Sie seien damit einverstanden, daß Differenzen dem Tarifamt unterbreitet würden; doch dürfte eine schnelle Erledigung darunter nicht leiden.

In Schlußwort erwiderte Dr. M ü l l e r, an den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sei offiziell eine Beschwerde wegen der Nichtanerkennung von Schiedsgerichten oder deren Sprüche bisher noch nicht gelangt. Was D ö h n e l als letzten Weg bezeichnet habe, sei der erste Schritt gewesen. Das sei das, was sie als nicht sehr höflich empfunden hätten. Er hoffe, daß der Vorstand der Lagerhalter seine Beschwerde dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine einmal näher unterbreite. Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Aus der Partei.

Die Generalversammlung des Verbandes der Sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins fand am Sonntag statt. Genosse Eugen Ernst gab im Anschluß an den Jahresbericht eine Übersicht über die Tätigkeit des Verbandes. Daraus war zu entnehmen, daß aus den verschiedensten Anlässen 219 große Versammlungen stattgefunden haben. Einen Hauptteil der Tätigkeit nahmen die Landtagswahlen in Anspruch. Während die Zahl der Wahlberechtigten in den 12 Berliner Wahlbezirken nur um rund 16 000 gestiegen ist, steigerte sich die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen um rund 167 000. Obwohl unsere Partei 71,6 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhielt, mußte sie sich mit 5 Mandaten begnügen, wohingegen den Liberalen mit nur 11,7 Proz. 7 Mandate zufielen. Nur durch die Eröberung von Schöneberg, Neukölln und Ober- und Niedertarnim war es uns möglich, vier weitere Vertreter ins Abgeordnetenhaus zu entsenden. Die anschließende, sehr ausgedehnte Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Frage der Fortführung des Wahlrechtskampfes. Sie richtete sich auch gegen einen Artikel des letzten Mitteilungsblattes des Verbandes über „Organisationskritik“ namentlich gegen den Passus, in dem es heißt:

„Unsere Organisation darf nicht zum Werkzeug demagogischer Sonderinteressen, nicht zum Sprungbrett nach parlamentarischen Lorbeeren lästiger Streber, nicht zum

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(Fortsetzung.)

Kachdrud verboten.

Sie sah ihn mit ihren Augen voll an. „Es fällt mir so unendlich schwer.“

Asmussen wartete schweigend.

Sie hob die Augen und sah ihn tief und ernsthaft an.

„Ich muß von Ihnen gehen.“

„Wa-wa-wa-wa?“ Was sagen Sie da?“

„Es ist besser für Sie und für mich.“ Sie spielte wieder mechanisch mit dem Kissen.

„Hat man Ihnen etwas getan?“

Sie nickte bitter.

„Was ist gewesen?“ Die Frage klang bestimmt.

„Es ist nicht ganz mit Unrecht geschehen, Herr Asmussen. Man hat mir meine Herkunft vorgeworfen. Man hat gesagt, daß hier im Haus alles schlechter geworden sei. Seitdem ich die Wirtschaft führe. Es gibt Leute, die mich hier fort haben wollen. Sie sollen sich nicht darüber grämen. Ich gehe nach Kiel zurück, wo mich niemand kennt.“

Asmussen stand hoch aufgerichtet, als hätte etwas mit einem Schlag seine Muskeln gespannt. Unter den bräunlichen Augenbrauen flammte der Zorn.

„Wer ist hier so gemein gewesen?“

„Ich sage es nicht.“

„Sie müssen es sagen!“

„Niemals.“ Dagmar schüttelte entschlossen den Kopf.

„Ich will es aber wissen!“

„Ich sage es nicht.“

„Sie haben die Pflicht, es mir zu sagen. Ich will wissen, wer in meinem Hause unrecht tut.“

„Sie erfahren es nie.“

Asmussen ging an das kleine Fensterchen und sah in klammern Schmerz in den Hof hinab.

„Seien Sie doch nicht so traurig, lieber Herr Asmussen. Wenn ich weg bin, können diese Menschen mir nichts mehr tun. Sie sind gegen mich so gut gewesen.“

Asmussen wendete sich um.

„Bitte, nennen Sie mir die Person.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Wenn ich Sie aber nun darum bitte!“

Er stand vor ihr und streckte ihr beide Hände entgegen.

„Wollen Sie mir versprechen, daß Sie nie etwas davon verraten?“

Sie nickte zu ihm auf.

„Ich verspreche es ungern; wenn es aber sein muß...“

„Daß Sie die Person nie etwas fühlen lassen?“ Es muß unser Geheimnis bleiben.“

„Ich verspreche es.“

„Es ist Stine Andresen gewesen.“

Asmussen schüttelte in wortlosem Entsetzen den Kopf und ging ans Fenster zurück. Nun konnte Stine nicht vertragen, daß Dagmar die Wirtschaft führte. Und mußte so häßlich sein!

„Erzählen Sie mir, wie es gekommen ist.“

Er war ruhig geworden, seitdem er etwas Bestimmtes vor sich hatte.

„Sie dürfen aber Ihr Versprechen nie vergessen, auch wenn ich fort bin.“

„Erzählen Sie nur.“

„Ich hatte die Fenster aufgemacht, um frische Luft hereinzulassen. Ich stand selber am Fenster. Auf der andern Seite kam der „große Klaus“ die Straße herunter. Er sah mich unvershämmt zu mir herüber. Ich weiß, daß er ein schlechter Mensch ist und daß Sie ihm die Wirtschaft verboten haben. Ich wollte mir das von ihm nicht gefallen lassen und schlug ihm beide Fenster vor der Nase zu. Da kam Frau Andresen über den Markt und machte gleich so ein böses Gesicht, wie sie mich sah. Ich nahm die Zeitung, weil ich lieber gar nicht mit ihr reden wollte. Als sie hinein kam, hatte ich Angst, daß sie mir etwas tun wollte, weil sie so ein böses Gesicht gemacht hatte. Ich sagte darum gleich, daß Sie nicht zu Hause seien; ich weiß ja doch, daß sie mit Ihnen reden will, und ich dachte, dann geht sie vielleicht gleich wieder fort. Da ging sie an, daß ich hätte grüßen müssen und daß ich von schlechter Herkunft sei. Das konnte ich nicht aushalten und lief hinaus. Ich lief hierher, weil ich nicht wollte, daß das Mädchen mich finden sollte. Ich bin dann zuletzt wahrscheinlich vom Weinen müde geworden und bin eingeschlafen. Das kann ich selber nicht sagen.“

Asmussen hatte aufmerksam zugehört und dann und wann durch ein Nicken beige stimmt.

„Und wegen dieser Kleinigkeit wollen Sie das Haus verlassen?“

„Es ist für mich keine Kleinigkeit.“ Dagmar schlug die Augen nieder.

„Sehen Sie denn nicht, was Sie mir damit antun?“

„Ihnen?“ In ihren Zügen malte sich ein fast erschrockenes Staunen.

„Die Gäste haben Sie alle gern. Wenn Sie nun mitten in der Zeit weglaufen, bringen Sie mich in eine unangenehme Lage. Ich hätte Sie vor Kränkung doch schützen müssen. Die Sache ist um so schlimmer, als ich ja den Grund

Ihres Fortgehens nicht verraten darf. Was wird man von mir denken?“

„Daran habe ich nicht gedacht. Ich wollte Sie gerade von Sorgen befreien.“ Es kam leise und etwas beschämt von ihren Lippen.

„Wenn Sie das wollen, bleiben Sie oder gehen Sie zum mindesten erst, wenn Ihre Zeit um ist.“

Ihre Finger spielten mechanisch mit dem Kissen. Sie war offenbar ungeschlüssig geworden.

„Hier ist meine Hand! Schlagen Sie ein und vergessen Sie.“

„Aber Sie dürfen Ihr Versprechen nicht vergessen.“

„Stine wird von mir keine Silbe zu hören bekommen.“

„Auch nicht, wenn ich einmal fort sein werde?“

„Auch dann nicht.“

„Dann ist es gut.“

Dagmar faßte die Hand, die er noch immer hinhielt. Es war wie an jenem ersten Morgen, als er ihr die Hand zum Willkommen gereicht hatte. Sie war ja auch bereits fort gewesen und kam nun wieder zurück. Asmussen wußte so wenig etwas zu sagen wie sie selber. Er faßte ihre Hand so treu und warm und hielt sie fest. Es lag ein Schwur darin, daß niemand auch nur ein Haar auf ihrem Haupte kränken dürfe. Dagmar fühlte, daß sie fortan in diesem Hause wie ein Heiligtum verehrt werden würde. Ihre Augen waren tief und dankbar.

Als sie hinunterkam, waren die ersten Gäste bereits da. Dagmar wurde stürmisch begrüßt und nahm fröhlich ihre Arbeit auf.

Der November brachte klaren Frost und bittere Kälte. Die Luft in den Straßen war eifig. Frau Carlsen mußte das Brennmaterial hart angreifen, um in der alten Stube das gewohnte Wohl des Besagens zu schaffen. In den Wohnungen der Armen froh man und sah dem harten Winter mit Bangen entgegen. Die Wohltätigkeitsvereine der Stadt hatten alle Hände voll zu tun, um der so plötzlich hereinbrechenden Not der Kälte zu steuern. Wohlhabende Leute traten überdies zu einem Komitee zusammen und nahmen Brennmaterial als milde Gaben entgegen, die sie an die armen Leute weitergaben. Und trotz alledem ging die Not durch manches kleine Heim. In den bürgerlichen Wohnungen aber brannte leuchtig und siegesgewiß das Feuer. Wenn dazu am Nachmittag der Duft des frihen Kaffees durch die Stube ging, fühlte man sich geborgen und genoß ruhig den Segen der Wohlhabenheit.

(Fortsetzung folgt.)

